

Aus für Pflegeregress: Ländle droht mit Klage bei Höchstgericht

Bregenz – Vorarlbergs Landeshauptmann Markus Wallner (ÖVP) droht dem Bund in Sachen Kostenersatz für die Abschaffung des Pflegeregresses mit dem Gang zum Verfassungsgerichtshof. Wenn bis Juni nicht eine Lösung auf dem Tisch liege, werde man diesen Weg beschreiten müssen, erklärte Wallner am Mittwoch. Er forderte Sozialministerin Beate Hartinger-Klein (FPÖ) auf, unverzüglich Gespräche mit Ländern und Gemeinden aufzunehmen.

Die Aussage der Ministerin, wonach zunächst die Länder am Zug seien und sie auf die Vorlage von Zahlenmaterial warte, nannte Wallner „eine Provokation“. Zwar gebe es in der Tat noch keine konkreten Zahlen, die Kosten würden aber „von Monat zu Monat zunehmen“. Den ersten Entwicklungen zufolge sei völlig klar, dass die vom Bund angebotenen 100 Millionen Euro viel zu wenig seien. Es sei nicht hinzunehmen, dass von Bundeseite „nicht reagiert wird“, so Wallner. (APA)

Vertagte Bestellung, besorgte Universitäten

Kickl: „Kein Junktin“ von Uni-Räten mit Bestellung von Höchstrichtern

Karin Riss

Wien – Rektor Reinhard Kannonier hat Erfahrung mit unliebsamen Uni-Räten. Wurde ihm an der Kunstuni Linz doch 2003 einer in das universitäre Aufsichtsratsgremium gesetzt, über den er damals aufgrund seiner Nähe zu rechtem Gedankengut entsetzt war.

Rückblickend habe die fachliche Zusammenarbeit mit dem umstrittenen Uni-Rat „ganz gut funktioniert“, sagt Kannonier heute. Dass sich ÖVP und FPÖ im Ministerrat am Mittwoch aufgrund von Differenzen wegen drei von den Freiheitlichen nominierten Kandidaten nicht auf die von der Regierung zu bestellenden 60 Uni-Räte einigen konnten, ist für ihn folglich „keine Katastrophe“, aber auch „kein gutes Zeichen“.

Es gehe auch um Symbolik: „Unis verkörpern Weltoffen-

heit“, da seien Personen mit rechter Gesinnung wenig hilfreich. Außerdem sorgt sich Kannonier um die anstehenden Leistungsvereinbarungen und die Neubestellungen diverser Rektorsposten – alles Aufgaben, für die es einen funktionierenden Uni-Rat brauche.

Ähnlich formuliert es Elisabeth Freismuth, Rektorin der Kunstuniversität Graz. Und sie erinnert auch daran, dass die Rektoren bereits bei ihrem Antrittsbesuch beim Bildungsminister klare Worte zur „fachlichen und personellen Qualifikation von Uni-Rats-Mitgliedern und deren „moralischer Integrität“ gefunden hätten.

Innenminister Herbert Kickl (FPÖ) dementierte am Mittwoch, dass es einen Zusammenhang zwischen der Besetzung der Uni-Räte und der Bestellung von drei Verfassungsrichtern gibt: „Es gibt kein Junktin.“



Kunstuni-Rektor Kannonier sorgt sich um Weltoffenheit.

Foto: Kunstuni Linz

FPÖ will Budget für Kommission nicht nennen

Mölzer: Burschenschaften sollen bei Anfragen reagieren

Wien – Geht es nach den Freiheitlichen, soll die Historikerkommission so bald wie möglich die Arbeit aufnehmen. Dass jene Experten, die von der Koordinierungsgruppe vorgeschlagen und von Leiter Wilhelm Brauneder ausgewählt werden, ihre Tätigkeit auch bezahlt bekommen, steht für den früheren EU-Parlamentarier Andreas Mölzer außer Frage. Wie hoch das Budget angesetzt ist, will man aber in der Partei nicht bekanntgeben.

Mölzer ist Mitglied der achtköpfigen Parteidelegation. Im Gespräch mit dem STANDARD erklärt er seine Funktion damit, von der Partei gebeten worden zu sein, den Prozess publizistisch und organisatorisch zu begleiten. Mölzer geht davon aus,

dass Hilmar Kabas Vorsitzender der Gruppe sein wird.

Kritik an den Mitgliedern gibt es etwa von SPÖ-Chef Christian Kern. In der Leitungsgruppe seien fast ausschließlich schlagende Burschenschafter und Rechtsaußenvertreter. Das sei „eine Farce und extrem unglaubwürdig“.

Das sieht Mölzer naturgemäß anders. Sie seien von der Partei nominiert worden. Obwohl die Koordinierungsgruppe nicht in die Arbeit der Kommission eingreifen werde, hat jedes Mitglied Historiker für die Kommission vorgeschlagen. Diese Experten seien alle kompetent. Auch wenn er keine Namen nennen will, seien die vorgeschlagenen Historiker mit „wenigen Ausnahmen keine FPÖ-

Mitglieder“. Sie sollen erst in Erscheinung treten, wenn sie Ergebnisse präsentieren können.

Vorgaben für die Aufarbeitung der freiheitlichen Geschichte würden seitens der Koordinierungsgruppe nicht gemacht, es sei aber klar, dass das „zivilgesellschaftliche Umfeld des national-liberalen Lagers, das natürlich die Burschenschaften beinhaltet“, Untersuchungsgegenstand sein werde. Beim Zugriff auf die Archive von Burschenschaften widerspricht Mölzer seinem Parteifreund Harald Stefan, der ebenfalls Mitglied der Koordinierungsgruppe ist. Diese müssten bei „gezielten Anfragen reagieren“.

Bis Herbst soll ein Zwischenergebnis vorliegen. (mte)

Noch-Uni-Rat und Ex-ÖVP-Parteichef Erhard Busek (Med-Uni Wien) will das nicht ganz glauben. Er sagt: „Die Schwierigkeiten waren zu erwarten“, die Freiheitlichen würden ihre Leute eben vielfach aus den Reihen der schlagenden Burschenschaft rekrutieren.

Sonja Hammerschmid kennt den Bestellvorgang aus mehreren Perspektiven. Dass die Unis, wenn die „Aufsichtsräte“ nicht eiligst nominiert werden, „handlungsunfähig“ seien, hält die Exbildungsministerin (SPÖ) und frühere Uniko-Chefin für problematisch.

Gemeinsame Liste

Die Funktionsperiode der aktuellen Uni-Räte endet am 28. Februar, laut Hammerschmid hatte die rot-schwarze Vorgängerregierung bereits im August eine gemeinsame Nominierungsliste akkordiert. Beschlossen wurde diese nie. An die neue Regierung adressiert Hammerschmid: „Schlagende Burschenschafter haben an Unis nichts verloren!“

KURZ GEMELDET

Frauenvolksbegehren knackt Stimmenhürde

Wien – Bereits an Tag zwei nach Start vermeldet das Frauenvolksbegehren, die erforderliche Unterschriftenmarke von 8401 Stück überschritten zu haben. Diese sind nötig, damit das Innenministerium eine Eintragungswoche festlegt. „Wir sind total überwältigt von der Welle an Zuspruch“, so Sprecherin Andrea Hladky. (APA)

Parlamentspavillons gewinnen Designpreis

Dornbirn/Wien – Die vorübergehenden Parlamentspavillons auf dem Heldenplatz wurden mit dem German Design Award 2018 in der Kategorie „Urban Space and Infrastructure“ ausgezeichnet. Das Designbüro Sägenvier aus Dornbirn gestaltete die Fassade mit Texten zum Thema Demokratie. (APA)